



Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 04. März 2008

Vorlagen-Nr. 08-A-21-0002

**Sachstand zum Bürgerbüro
- Bericht des Dezernates für Bürgerangelegenheiten und Integration -**

Beschluss Nr. 0006

1. Der mündliche Bericht von Herrn Tischel (Einwohner- und Integrationsamt) wird zur Kenntnis genommen, wonach
 - das Bürgerbüro mit den Partnern ESWE und GWW zeitgleich am 14.04.2008 eröffnet wird,
 - die Zentrale Meldestelle wegen der Umzugsvorbereitungen, der Testläufe für den EDV-Bereich und des Umzuges selber ab 09.04.2008 geschlossen werden muss,
 - in der Stiehlstraße 2 Schalter für den Bereich Einwohnerwesen zusätzlich angeboten werden,
 - das Leistungsangebot der Zentralen Meldestelle eins zu eins in das Serviceangebot des Bürgerbüros übergeht und darüber hinaus noch weitere Leistungen angeboten werden (z.B. Fahrerlaubnisse abholen/ändern, zentrale Einzahlungs- und Kassenfunktion),
 - es auf ausdrücklichen Wunsch des Amtes für Soziale Arbeit kein Angebot für den Bereich SGB-Leistungen geben wird, da in diesem Bereich immer Beratungsleistungen erbracht werden müssen, die schon allein aufgrund des räumlichen Zuschnitts des Bürgerbüros nicht möglich sind,
 - im Erdgeschoss 6 Info-Arbeitsplätze, im 1. Obergeschoss 7 Schalter eingerichtet werden und im Erdgeschoss die Mobilitätszentrale von ESWE und im 1. OG die GWW zu finden sein werden,
 - durch das breite Leistungsangebot bzw. zusätzliche Leistungen damit gerechnet werden muss, dass dies nicht vollständig mit vorhandenem Personal leistbar ist,
 - weiterhin geplant ist, bei zukünftigen externen Einstellungen Personal mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen,
 - zur Zeit geprüft wird, ob die bisherige Nähe zwischen der Ausländerbehörde und der Zentralen Meldestelle, die durch den Umzug der Zentralen Meldestelle entfällt, durch die Annahme von Anträgen in der Ausländerbehörde und interne Weiterleitung aufrechterhalten werden kann, die räumliche Nähe von Ausländerbehörde und Freien Trägern aber weiterhin besteht,

- Personaleinsatzpläne zur Zeit nicht abschließend aufgestellt werden können, da das Kundenverhalten im Bürgerbüro zunächst abgewartet werden muss.
2. Die mündlichen Ausführungen von Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) zu den Serviceleistungen in den Ortsverwaltungen werden zur Kenntnis genommen, wonach
- die Ortsverwaltungen auf die Eingliederung der Zentralen Meldestelle in das Bürgerbüro durch Einsatz von mehr Personal auf die Umzugsarbeiten vorbereitet sind,
 - seit 6 Monaten die Fallzahlen in den Ortsverwaltungen tendenziell steigen,
 - schon jetzt in den Ortsverwaltungen bis auf das Führerscheinwesen alle städtischen Dienstleistungen angeboten werden.
3. Der Magistrat wird gebeten, dem Ausschuss ca. 6 Monate nach der Eröffnung des Bürgerbüros einen Erfahrungsbericht vorzulegen, in dem unter anderem auch
- auf die Einstellung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund in Relation zu möglichen Bewerber/innen,
 - mögliche Konsequenzen für Menschen mit Migrationshintergrund durch den Umzug der Zentralen Meldestelle und
 - das Tragen von Namensschildern eingegangen werden soll.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2008

Spruch
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2008

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2008

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat I/10
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister

